



DAS ERBE VON 57 JAHREN CDU – WIR RÄUMEN AUF UND MACHEN BADEN-WÜRTTEMBERG FIT FÜR DIE ZUKUNFT!

1.

Allein zwischen 2001 und 2010 haben CDU und FDP 13 Mrd. Euro neue Schulden angehäuft. 2011 herrschte ein Sanierungsstau bei Landesliegenschaften und Landesstraßen von über drei Mrd. Euro, dazu kamen Kreditmarktschulden von 43 Mrd. Euro sowie rund 70 Mrd. Euro nicht gedeckte Pensionsverpflichtungen. Zudem haben wir bei Regierungsantritt eine strukturelle Deckungslücke von 2,5 Mrd. Euro pro Jahr vorgefunden.

Bereits zur Mitte der Legislaturperiode hat Grün-Rot rund 1,3 Mrd. Euro strukturell eingespart. Grün-Rot hat einen soliden Finanzplan vorgelegt, mit dem die Neuverschuldung und die Deckungslücke bis 2020 auf null zurückgeführt werden.

2.

Die CDU hat Wahlkampfgeschenke der Bildungsoffensive wie die kurzfristige Absenkung des Klassenteilers nur bis 31.12.2012 finanziert.

Grün-Rot hat die Absenkung des Klassenteilers finanziell abgesichert und angedachte Stellenstreichungen 2011/12 abgewendet!

3.

46 Jahre lang hat sich die CDU geweigert, die steigende Nachfrage nach Ganztagschulen in ein Gesetz zu überführen. Stattdessen hat sie über 1200 Schulversuche genehmigt. Die Folge: Baden-Württemberg war 2011 das Bundesland mit der niedrigsten Ausbauquote im Ganztagsbereich. Eltern und Schulträger haben keine Rechtssicherheit.

Wir werden dagegen bis Juli 2014 ein Schulgesetz zur Verankerung der Grundschule und Grundstufen an Förderschulen im Schulgesetz verabschieden und die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Ganztagschulen verbessern. Unser Ziel ist es, bis 2023 an 70 Prozent der Grundschulen Ganztagsangebote zu ermöglichen.

4.

1973 – das Jahr der letzten Schulentwicklungsplanung. Die CDU hat jahrelang zugeesehen, wie die Haupt- und Werkrealschulen und die Schulen im Ländlichen Raum in die Knie gehen. Das ist unterlassene Hilfeleistung durch Unfähigkeit! Die Folge: Eine Regionale Schulentwicklung blieb bis 2011 der jeweiligen Kommune oder dem Zufall überlassen, ohne landesweit einheitliche Standards.

Grün-Rot hat auf die Bedürfnisse reagiert und mit den Kommunalen Landesverbänden die Einigung über eine gesetzliche Verankerung der Regionalen Schulentwicklung getroffen.

5.

Baden-Württemberg zählte 2011 zu den Bundesländern mit einer der niedrigsten Betreuungsquoten im U3-Bereich.

 Durch intensive Ausbaubemühung werden wir in den kommenden Jahren gemeinsam mit den Kommunen über 100.000 Betreuungsangebote schaffen. Hierfür haben wir den Kommunen durch eine 68-Prozent-Beteiligung an den Kosten eine finanzielle Planungssicherheit zugesichert. Zugleich können wir auf das bundesweit beste Betreuungsverhältnis im U3-Bereich verweisen! In Baden-Württemberg betreut in den Krippengruppen eine Vollzeitkraft rechnerisch nicht mehr als drei Kinder.

 **6.** Baden-Württemberg war 2011 das Bundesland mit der niedrigsten Zahl an Krankheitsvertretungen bei hohem Unterrichtsausfall.

 Wir haben darauf reagiert und sowohl die feste als auch die flexible Krankheitsvertretung massiv ausgeweitet. Hierfür stellen wir über 65 Mio. Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung. Nachweisliche Erfolge zeigen sich bereits bei den beruflichen Schulen – hier sank das strukturelle Unterrichtsdefizit von 4,6 auf 2,6 Prozent innerhalb von zwei Jahren am stärksten.

 **7.** Die Einführung des G8-Gymnasiums wurde 2004 überhastet und ohne Beteiligung der Betroffenen eingeführt.

 Wir ermöglichen Schulen und Eltern seit 2012 die Rückkehr zum Abitur in neun Jahren, sowohl durch die Einführung der Gemeinschaftsschule als auch durch die Verabschiedung eines Schulversuchs für landesweit 44 Schulstandorte.



8.

Bildungserfolg hängt vom Geldbeutel der Eltern ab. In keinem anderen Bundesland ist dieser Effekt so deutlich. Zugleich gilt Baden-Württemberg nach einer Bertelsmann-Studie (2010) statistisch als das Bundesland mit den höchsten Ausgaben für Nachhilfe.

Wir haben dafür gesorgt, dass die Studiengebühren abgeschafft werden und dass sich mit der Gemeinschaftsschule ein neuer Schultyp entwickelt, der Schülerinnen und Schüler durch kostenlosen Ganztagsbetrieb ganzheitlich fördert und mehr Bildungsgerechtigkeit ermöglicht. Flankiert wird dies durch den Ausbau der Schulsozialarbeit, der ebenfalls vom Land gefördert wird. Zum letzten Stichtag waren dies 1.800 Stellen, die landesseitig mit 19 Mio. Euro gefördert wurden.

Die SPD macht unser Musterland zukunftsfähig durch Gute Arbeit

Die SPD ist die Partei der Familie

Die SPD sorgt für Bildungsgerechtigkeit